



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Haushaltsplan 2026/2027;

hier: Bayern muss resilient sein – Katastrophenschutz stärken
(Kap. 03 24 Tit. 893 05)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

Zur Stärkung des Katastrophenschutzes werden in Kap. 03 24 (Rettungsdienst und Katastrophenschutz) die Ansätze im Tit. 893 05 (Zuweisungen an freiwillige Hilfsorganisationen für Beschaffungen aus dem – Sonderinvestitionsprogramm Katastrophenschutz Bayern 2030 –) für das Jahr 2026 von 663,0 Tsd. Euro um 500,0 Tsd. Euro auf 1.163,0 Tsd. Euro und für das Jahr 2027 von 830,0 Tsd. Euro um 1.000,0 Tsd. Euro auf 1.830,0 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Nicht nur ein möglicher Verteidigungsfall, auch die zunehmenden Extremwetterlagen, wie Hochwasser, Hitzeperioden und Stürme, stellen den Katastrophenschutz vor neue Herausforderungen. Wir müssen als Gesellschaft auch auf technologische Risiken, Pandemien oder flächendeckende Stromausfälle vorbereitet sein. Ein moderner, flächendeckender und solidarischer Katastrophenschutz ist zentral, um Menschen zu schützen, Schäden zu minimieren und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Ein moderner Katastrophenschutz ist mehr als Technik und schnelle Hilfe – er ist Ausdruck gesellschaftlicher Solidarität.

Die freiwilligen Hilfsorganisationen leisten hervorragende Arbeit; sie sind ein zentraler Baustein des Katastrophenschutzes. Sie müssen in nächster Zeit für die neuen Herausforderungen ertüchtigt werden, damit Bayern für etwaige Katastrophen gewappnet ist. Die Zuweisungen für entsprechende Beschaffungen müssen daher erhöht werden.